



Foto: BilderBox

Schlagloch: Die Verschiebung, Streckung oder völlige Unterlassung von Investitionen zum Infrastrukturerhalt ist mittlerweile in vielen Städten an der Tagesordnung.

Infrastruktur leidet enorm

Die knappe Kassenlage und eine hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden gehen sehr häufig zu Lasten von dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur. Eine aktuelle Studie hat die Lasten berechnet und quantifiziert.

Die Finanzierung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur wird für Städte und Gemeinden zunehmend schwierig. Trotz des aktuellen Anstiegs der öffentlichen Einnahmen sind die strukturellen Haushaltsdefizite der Kommunen nicht kleiner geworden. Bei knapper Kassenlage und einer hohen Verschuldung müssen die Kommunen gegensteuern, was sehr häufig zu Lasten von dringend notwendigen Infrastrukturinvestitionen geht.

Schon heute steht die Infrastrukturbereitstellung oft in der öffentlichen Kritik der Bürger. Beispiele hierfür sind Proteste über die mangelnde Instandhaltung von Schulgebäuden und Kindergärten oder die zahlreicher werdenden Schlaglöcher in städtischen Straßen. Der mit der Infrastrukturbereitstellung verbundene Investitionsbedarf konnte bereits in den vergangenen Jahren trotz Mitteln aus

Solidarpakt II und EU-Förderung kaum gedeckt werden. So ist die Verschiebung, Streckung oder völlige Unterlassung von Investitionen mittlerweile in vielen Städten an der Tagesordnung.

Für die Untersuchung des kommunalen Investitionsdefizits haben die Beratungshäuser DCHP-Consulting und Organisations & Projekt Consulting (OPC) die wichtigsten Infrastrukturfelder deutscher Städte und Gemeinden am Beispiel Großraum Rhein-Ruhr und sächsisches Städtedreieck Leipzig/Dresden/Chemnitz analysiert und das Defizit beziffert.

Die Analyse bezieht sich auf die fünf Infrastrukturfelder „Versorgung und Entsorgung“, „Straßen-/Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV“, „Kinderbetreuung und Schulen“, „Sportstätten und Bäder“ sowie „öffentliche Verwaltungsgebäude“. Erstmals wurde auch der Investitionsbedarf, der mit der Energiewende auf die

Städte und Gemeinden zukommt, ermittelt. Hierzu wurden weitere relevante Erhebungen, Studien und aktuelle Forschungsergebnisse zum Thema ausgewertet und mit den quantitativen Schätzungen abgeglichen.

Insgesamt summiert sich der Investitionsbedarf bestehend aus Ersatz-, Erweiterungs- und Nachholbedarf sowie dem Sonderbedarf aus der Energiewende im Betrachtungszeitraum 2010 bis 2015

Link

PDF-Download der Studie zum Investitionsstau bei kommunaler Infrastruktur in Deutschland (Schutzgebühr: 75 Euro) unter www.investitionsstau.de

auf 216,7 Milliarden Euro. Dem stehen tatsächliche beziehungsweise geplante Investitionen der Städte und Gemeinden in Höhe von 114,1 Milliarden Euro gegenüber. Die Höhe des Investitionsstaus entspricht knapp dem Sechsfachen der in den vergangenen Jahren tatsächlich getätigten Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Bedarf nicht gedeckt

Die größten Investitionsdefizite bestehen aktuell in den Infrastrukturfeldern Straßen-/Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV, gefolgt von Schulen und Kindergärten sowie Versorgung und Entsorgung. In den kommenden Jahren 2014 und 2015 wird der Anteil des Defizits vor allem in der Versorgung und Entsorgung zunehmen, welche dann nach den Straßen die zweitgrößte Investitionslücke der Kommunen darstellen wird.

Der Bereich Versorgung und Entsorgung weist einen im Vergleich mit anderen Infrastrukturfeldern sehr hohen Investitionsbedarf je Einwohner auf. Die Gesamtdeckung für den Zeitraum 2010 bis 2015 ist hier mit 76 Prozent jedoch deutlich höher als beispielsweise im Straßenbereich, wenngleich auch keine volle Deckung des Bedarfs vorliegt.

Die Investitionen im Bereich Versorgung und Entsorgung erreichten im Jahr 2011 nahezu die Höhe des Bedarfs. Im Jahr 2012 wurde aufgrund einer Stagnation der Investitionen eine Unterdeckung geschaffen, die jedoch im Folgejahr nahezu vollständig ausgeglichen wird. Da die ab 2014 geplanten Investitio-

nen jedoch wieder rückläufig sind, kann hier keine Deckung des Bedarfs erreicht werden. Das Defizit steigt dadurch bei gleichbleibendem Bedarf von weniger als 13 Euro je Einwohner in 2013 auf über 58 Euro je Einwohner in 2015 an.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die Investitionstätigkeit der Kommunen der neuen Bundesländer nicht ausreichend ist, um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Mit einem Defizit von durchschnittlich 124 Euro je Einwohner und Jahr über den gesamten Betrachtungszeitraum wird zu keinem Zeitpunkt eine Deckung von mehr als 17 Prozent erreicht. Das Defizit steigt bedingt durch den Zusatzbedarf der Energiewende sogar von 79 Euro je Einwohner in 2010 auf über 158 Euro im Jahr 2015 dramatisch an.

Straßen und ÖPNV

Die Entwicklung in den Kommunen der alten Bundesländer entspricht in weiten Teilen der Entwicklung in Gesamtdeutschland. Während im Jahr 2011 und 2013 der Bedarf vollständig gedeckt wird, entsteht eine leichte Unterdeckung im Jahr 2012 von 33 Euro je Einwohner. Im weiteren Verlauf nimmt dieses Defizit jedoch deutlich zu, sodass im Jahr 2015 bereits eine Unterdeckung von 50 Euro je Einwohner erreicht wird.

Der Bereich Straßen und ÖPNV weist mit Abstand den höchsten Investitionsbedarf aller betrachteten Infrastrukturfelder auf. Rechnet man den Zusatzbedarf für die Energiewende mit ein, so liegt der Gesamtbedarf bei 182 Euro je Einwohner

und Jahr. Gleichzeitig hat dieser Infrastrukturbereich auch über den gesamten Betrachtungszeitraum 2010 bis 2015 die höchsten Defizite aller betrachteten Infrastrukturfelder zu verzeichnen. Die Investitionsbedarfsdeckung liegt in diesem Infrastrukturfeld bei gerade einmal einem Drittel (33 %). Und auch in der absoluten Betrachtung wird das Problem deutlich: Die Investitionen im Bereich Straßen und Öffentlicher Personennahverkehr liegen noch unter denen im Bereich Versorgung und Entsorgung.

Der zusätzliche Investitionsbedarf, der im Zusammenhang mit der Energiewende auf die Kommunen zukommt, ist vielerorts noch nicht quantifiziert und berücksichtigt worden. Daher deutet vieles auf die Beibehaltung der vorherrschenden Praxis hin, notwendige Investitionen vor sich her zu schieben.

Wenn nicht genügend Mittel zur rechtzeitigen Unterhaltung von Infrastrukturreinrichtungen zur Verfügung gestellt wird, ist zu einem späteren Zeitpunkt ein erheblich höherer finanzieller Aufwand erforderlich, um marode Infrastrukturen zu ersetzen. Dies führt langfristig zu steigenden Kostenbelastungen, die darüber hinaus meist plötzlich anfallen und anders als Instandhaltungsaufwendungen nicht planbar sind. Der schlechte Zustand der Infrastruktur führt darüber hinaus zu einer erheblichen Kostenbelastung der Nutzer.

Christian Höfeler

Der Autor

Dr. Christian Höfeler ist Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft DCHP-Consulting in Düsseldorf

Liebe Kommunen,
dem nächsten Krippengipfel
können Sie ganz entspannt
entgegen sehen ...



... denn ALHO bewahrt Sie vor der „Kitastrophe“. Dank unserer Modulbauweise lassen sich Kitas in 70% kürzerer Bauzeit errichten. Zum Festpreis und Fixtermin. Und weil wir heute schon für Sie an morgen denken, gibt's unser Kita-Bausystem als erstes deutschlandweit mit **DGNB-Mehrfach-Zertifikat in Silber**. So schnell und nachhaltig kann Bauen sein. Fixe Kosten. Fixe Termine. Fix fertig. ALHO

www.alho.com



MODULARE GEBÄUDE